

# Ziemlich voll daneben

Die Politik ist dazu da, die Probleme des Landes zu lösen. Warum gelingt ihr das bei der Rentenfrage nicht?

VON SARAH JÄGGI UND SALOME MÜLLER

Isst sie nur wuchtig oder vielleicht doch historisch? Die Niederlage, die der Schweizer Bundesrat und das Parlament am vergangenen Sonntag eingefahren haben. Zum dritten Mal in diesem Jahr gewinnen die Sozialdemokraten und Gewerkschaften eine Rentenabstimmung. Mit viel Support von der SVP-Parteibasis, aber auch von FDP- und Mitte-Wählern. Bereits im Frühling spendierten sich die Stimmberechtigten eine 13. Monatsrente und verhinderten eine Erhöhung des Rentenalters. Am vergangenen Sonntag schickten sie die Reform der beruflichen Vorsorge (BVG) zurück an den Absender. Gerade mal 32,8 Prozent hatten ein Ja auf ihren Stimmzettel geschrieben. In keinem Kanton, egal wie ländlich oder konservativ, fand die Vorlage eine Mehrheit.

Die zweite Säule der Vorsorge ist damit weder saniert, noch sind die Tieflohneempfängerinnen und Teilzeitarbeitenden besser abgesichert. Dafür steht ein politisches Geschäft wieder auf Feld eins, mit dem sich der Bundesrat und das Parlament insgesamt 842 Tage lang rumgeschlagen hatten. So ist es in der Datenbank Swisvotes der Année Politique nachzulesen, die zur Uni Bern gehört und alle Volksabstimmungen seit der Gründung des Bundesstaates erfasst.

Auf der Plattform lässt sich wunderbar stöbern. Zum Beispiel in der Kategorie der Behördenvorlagen, also jener Geschäfte, die im Parlament zwar eine Mehrheit finden, aber trotzdem vors Volk kommen, weil dagegen das Referendum ergriffen wurde. Ein, zwei Klicks, und man erfährt, dass 1952, als man Hausbesitzer zum Einbau von Luftschutzräumen zwingen wollte, der Ja-Stimmen-Anteil nur 15 Prozent betrug. Oder 1999, da stimmten nicht mal 40 Prozent für die Einführung einer Mutterschaftsversicherung. Und 2013 wollte das Volk keine teurere Autobahnvignette.

Besonders häufig aber widerspricht die Stimmbewölkerung der Regierung und dem Parlament, wenn es um sozialpolitische Vorlagen geht. So wie am vergangenen Sonntag.

Der Politikwissenschaftler Hans-Peter Schaub ist Projektleiter bei Swisvotes. Er sagt, in der Schweiz habe es mehrmals Phasen gegeben, in denen die Skepsis gegenüber Behördenvorlagen besonders groß gewesen sei. Zum Beispiel Mitte der 1990er- und Anfang der Nullerjahre, als fast jede zweite Referendumsvorlage scheiterte. Zwischen 2005 und 2019 kamen hingegen mehr als 80 Prozent der Behördenanliegen durch. Zuletzt lief es wieder weniger gut in der Beziehung zwischen Volk und Bundesrat: Von Mitte 2020 bis Februar 2022 scheiterte das Parlament mit 43 Prozent seiner Vorlagen.

Lange hieß es, die Pandemie sei der Grund für die verstärkte Skepsis gegenüber denen da oben. Schaub sagt, dieser Effekt sei inzwischen größtenteils verpufft. Er macht dies auch an der Stimmbeteiligung fest, die in den Corona-Jahren teilweise sehr hoch war, sich jetzt aber wieder eingependelt hat. Am vergangenen Abstimmungsontag war sie mit 45 Prozent sogar unterdurchschnittlich. Schaub fällt etwas anderes auf: Im neuen Jahrtausend gab es sechs Behör-

devorlagen, die nicht einmal auf 33 Prozent Ja-Stimmen kamen. Alle betrafen sozial- und gesundheitspolitische Themen.

Warum also scheitert die Schweizer Politik immer wieder daran, ihre Sozialwerke so zu reformieren, dass die Vorlagen nicht nur im Parlament eine Mehrheit finden, sondern auch eine Volksabstimmung überleben? Bei Themen, auf die die Bürgerinnen und Bürger besonders sensibel reagieren, auch, weil deren Folgen direkt spürbar sind – etwa im eigenen Portemonnaie.

Schaub sagt, die bürgerlichen Parlamentarier hätten ihren Rückhalt in der Bevölkerung überschätzt. Er verweist auf internationale Studien, die zeigen, dass die Parlamentsmitglieder westeuropäischer Länder, auch in der Schweiz, die Gesamtbevölkerung rechter einschätzen, als sie tatsächlich ist. Tendenziell hätten sie demnach auch einen »Reichen-Bias«. »Sie machen eher Politik für vermögende Menschen«, sagt Schaub. Eine Erklärung dafür sei, dass die Mitglieder des Parlaments selbst tendenziell besser ausgebildet seien und mehr verdienen als die durchschnittliche Bevölkerung. »Die direkte Demokratie bietet dann die Möglichkeit, hier zu korrigieren.«

Nun heißt es gern, die BVG-Reform sei abgestürzt, weil sie zu komplex und das Stimmvolk überfordert gewesen sei. Silja Häusermann, Politikwissenschaftlerin an der Uni Zürich, hält nichts von solchen Erklärungen. Sie werden immer dann hervorgebracht, wenn Vorlagen scheitern, die wie die BVG-Reform aus mehreren Komponenten bestehen. Häusermann sagt: »Die Verantwortung trägt aber nicht das Stimmvolk.« Das Scheitern müssten sich die Entscheidungsträger selber zuschreiben. »Dem Parlament ist keine Lösung gelungen, die von einer Mehrheit als ausgewogen und fair empfunden wird.«

Tatsächlich war die BVG-Reform im Juli 2019 auf gutem Weg: Der Arbeitgeberverband und die Gewerkschaften hatten sich auf einen Kompromiss geeinigt, der vom Bundesrat übernommen und ins Parlament gebracht wurde. Die bürgerlich dominierten Räte goutierten diesen aber nicht und erarbeiteten eine eigene Vorlage, die nun krachend gescheitert ist. Häusermann sagt: »Die Polarisierung innerhalb des Parlaments hat zugenommen, die Bruchlinien sind schärfer geworden und die Bereitschaft, aufeinander zuzugehen und gute Kompromisse zu finden, hat auf beiden Seiten abgenommen.« Besonders bei der FDP sei der einst starke, sozialliberale Flügel weggebrochen. »Diese Brückenbauer fehlen.« Zeichen, dass sich das bald ändert, sieht Häusermann nicht.

Für den Historiker Mathieu Leimgruber, auch er lehrt an der Uni Zürich und befasst sich seit Jahren mit der Geschichte der Altersvorsorge, zeigen sich dieser Tage die Früchte einer Gewerkschaftsstrategie, die jahrelang verfolgt und von vielen unterschätzt worden sei. Seit der Gründung der Unia vor 20 Jahren, die aus vielen verschiedenen Gewerkschaften entstanden ist, habe sich die Ausrichtung der Gewerkschaft verändert. »Der Ausbau der AHV wurde wieder stärker in den Vordergrund gestellt«, sagt Leimgruber. Die Volksinitiative zur Einführung einer 13. Monatsrente sei daraus hervorgegangen – und galt lange als chancenlos. Dass



Bereits 2010 scheiterte eine Rentenvorlage mit 72,7 Prozent Nein-Stimmen. Im Bild die siegreichen Gegner

sie angenommen wurde, ist laut Leimgruber europaweit einmalig. »Den Sieg haben die Linken auch der bürgerlichen Politik zu verdanken, die viele Menschen zunehmend als arrogant und abgehoben empfinden.«

Aber wie soll die zweite Säule reformiert werden? Für Silja Häusermann braucht es ein Parlament, das

sich dem alten Dossier mit neuem Blick nähert. Ein Parlament, das nicht länger über alte Positionen streitet, sondern neue Ideen diskutiert. »Man könnte über Lebensarbeitszeitmodelle sprechen oder über eine abgestufte Erhöhung des Rentenalters für Akademiker und Gutverdienende, die spät ins Berufsleben ein-

steigen und eine längere Lebenserwartung haben.« So könnte es gelingen, dass die nächste Vorlage kein Referendum nach sich zieht. Denn wie Häusermann sagt: »Ein Land sollte nicht mit Volksabstimmungen regiert werden, sie sind ineffizient und mit Unsicherheiten behaftet. Referenden sind eine Notbremse.«

ANZEIGE

10 JAHRE GARANTIE & ASSISTANCE

TOYOTA bZ4X

100% elektrisch. 100% 4x4.

ab CHF 199.- im Monat oder ab CHF 41'900.-

Jetzt konfigurieren und probefahren.

bZ4X Trend FWD 11 kWh OBC, 204 PS, Empf. Netto-Verkaufspreis, inkl. MwSt. = CHF 41'900.- Leasingrate CHF 199.-/Monat. Ø Verbr. 14,4 kWh/100 km, CO<sub>2</sub> 16 g/km, En.-Eff. A. Abgebildetes Modell: bZ4X Style AWD 11 kWh OBC, 218 PS, Empf. Netto-Verkaufspreis, inkl. MwSt. = CHF 48'800.- Leasingrate CHF 249.-/Monat. Ø Verbr. 16,2 kWh/100 km, CO<sub>2</sub> 18 g/km, En.-Eff. A. Leasingkonditionen: Anzahlung 33% des Brutto-Verkaufspreises, Eff. Jahreszins 1,90%, Vollkaskoversicherung obligatorisch, Laufzeit 36 Monate und 10'000 km/Jahr. Leasingvergabe wird nicht gewährt, falls sie zur Überschuldung führt. Nicht mit Flottenabattumulierbar. Die Verkaufsoption ist gültig für Vertragsabschlüsse und deren Immatrikulation vom 1.9. - 31.10.2024 oder bis auf Widerruf. Service-aktivierte 10-Jahres-Garantie und Assistance oder 185'000 km ab 1. Immatriculation für alle Toyota Fahrzeuge (es gilt das zuerst Erreichte). Detaillierte Informationen finden Sie in den Garantiestimmungen auf [toyota.ch](http://toyota.ch).

## Berichtigung

In »Wo der Hase richtig läuft« (ZEIT Nr. 39/24) haben wir darüber berichtet, dass Landwirte im Klettgau seit 30 Jahren auf einem Teil der Äcker kein Getreide anbauen, sondern Blumenwiesen, Hecken und biodiversitätsfreundliche Brachen. Das

Rebhuhn konnte zwar nicht gerettet werden, aber der Feldhase hoppelt im »Chläggi« so häufig wie nirgends sonst in der Schweiz. Fälschlicherweise haben wir die schöne Gegend als »Chlätti« bezeichnet. Wir bitten um Entschuldigung.